

# Harsche Kritik der Vertragsärzte an BKKen und Politik

*Die Vertreterversammlung der KBV beschloss am 8. Mai den Umzug in ein gemeinsames Verwaltungsgebäude mit der Bundesärztekammer*

von **Frank Naundorf**

**F**ür begrenzte Mittel kann es nur begrenzte Leistungen geben“, dieses Motto war auf der Vertreterversammlung (VV) der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) am 8. Mai in Köln wiederholt zu hören. Die Delegierten verurteilten, dass die Kluft zwischen dem Auftrag, eine ausreichende Versorgung zu gewährleisten, und den dafür zur Verfügung stehenden Mitteln immer größer werde. Besonders die Psycho- und Pharmakotherapie seien völlig unzureichend finanziert.

Scharfe Kritik übte der KBV-Vorsitzende Dr. Manfred Richter-Reichhelm am Verhalten einiger Betriebskrankenkassen (BKKen). Diese hätten angekündigt, ihren Verwaltungssitz zu verlegen, sollte die jeweils örtliche Kassenärztliche Vereinigung nicht niedrigere Kopfpauschalen akzeptieren. Immer mehr junge, gesunde Versicherte würden in sogenannte virtuelle BKKen abwandern, erläuterte Richter-Reichhelm. Dabei handelt es sich um Neugründungen ohne Geschäftsstellen und mit geringem Serviceangebot. Der Beitragssatz und die an die KVen gezahlten Kopfpauschalen seien relativ niedrig. Die älteren und chronisch kranken Patienten blieben dagegen in ihren Kassen, die zunehmend unter finanziellen Druck gerieten. Diese Kassen würden jedoch die Kopfpauschalen nicht anheben. Den Ärzten steht bei gleichbleibender

Morbidität ihrer Patienten somit weniger Geld zur Verfügung. Bundesweit seien die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung auf Grund der virtuellen Neugründungen um rund 1,2 Milliarden Mark gesunken: „Eine maximale Versorgung zu minimalen Vergütungssätzen ist aber nicht machbar“, sagte der KBV-Vorsitzende.

In einer Resolution forderte die KBV-VV den Gesetzgeber auf, diese Aushöhlung des Solidaritätsgedankens unmöglich zu machen. Ansonsten werde sich die KBV intensiv darum bemühen, dass bundesweit einheitliche Versichertenpauschalen eingeführt würden.

## **Psychotherapie extrabudgetär vergüten**

Inakzeptabel sei zudem die Finanzierung der Psychotherapie. Richter-Reichhelm stellte klar, dass die Mittel nicht ausreichen, um psychotherapeutische Leistungen angemessenen zu vergüten. Verantwortlich für diese Misere sei vor allem die Politik. „Wenn der Gesetzgeber einen weiteren Beruf neu in die vertragsärztliche Versorgung integriert, dann kann dies nicht zu Lasten der Vertragsärzte und schon gar nicht allein zu Lasten der Fachärzte gehen“, so Richter-Reichhelm. Die KBV-VV forderte den Gesetzgeber auf, einen eigenen Bereich für die ärztlichen und psychologischen Psychotherapeuten zu bilden. Die Finanzierung der Psychotherapie dürfe nicht

zu Lasten der Haus- und Fachärzte gehen. Die zeitgebundenen antrags- und genehmigungspflichtigen Leistungen der Psychotherapie sollten extrabudgetär mit einem festen Punktwert vergütet werden.

Eindringlich appellierte der KBV-Vorsitzende an die VV-Mitglieder, den Zeitplan zur Neufassung des Einheitlichen Bewertungsmaßstabs (EBM) mitzutragen. Ziel der KBV sei, den sogenannten EBM 2000 plus zum 1.1.2001 einzuführen. Damit sich die Internisten bis zum 1.1.2001 entscheiden können, ob sie künftig an der haus- oder der fachärztlichen Versorgung teilnehmen, müsse das hausärztliche und das internistische Leistungskapitel inklusive der Bewertungen spätestens zum IV. Quartal 2000 vorliegen: „Wenn diese Basis für die Entscheidung bis dahin nicht vorliegt, dann wird sich die KBV für die Verschiebung der Entscheidungsfrist einsetzen.“

Für eine Verschiebung der EBM-Einführung setzte sich die nordrheinische Delegierte Dr. Gerda Enderer-Steinfurt ein. Sie kritisierte die Hast, mit der das Vergütungsmodell eingeführt werde. Die Delegierten votierten für eine Sonder-VV zum Thema EBM 2000 plus, die am 5. August 2000 stattfindet.

Dominierendes Thema dieser VV waren Änderungen an der Satzung. Nachdem die Verlegung des KBV-Sitzes bereits beschlossen war, votierten die Vertreter für den Bezug eines gemeinsamen Verwaltungsgebäudes von KBV und Bundesärztekammer. Der Umzug soll bis Mitte 2003 abgeschlossen sein.

Beschlossen wurde zudem, die VV für Vertreter der psychologischen Psychotherapeuten sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten zu öffnen. Diese entsenden künftig bis zu elf Delegierte. Die Gesamtzahl der VV-Mitglieder beträgt weiterhin 110.

## **Dr. Gert Schilling in Länderausschuss gewählt**

Als Vertreter der außerordentlichen Mitglieder der KBV-VV wurde Dr. Gert Schilling aus Bonn in den Länderausschuss nachgewählt, nachdem Dr. Oliver Funken aus Rheinbach auf Grund seiner Niederlassung als Allgemeinarzt ausscheiden musste.